

Nach dem Mauerfall

## Als die Berliner Ärzteschaft zusammenwuchs

Wie keine andere Kassenärztliche Vereinigung (KV) im Bundesgebiet war die KV Berlin in den Wochen und Monaten nach der „Wende“ vor besondere Herausforderungen gestellt. Wie die meisten ärztlichen Berufsverbände im Westteil leistete sie in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung den Ostberliner Ärzten unbürokratische Hilfe. Und dann die einmalige Situation: Die beiden Teile Berlins bildeten mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten plötzlich ein neues Bundesland, in dem nun auch ganz offiziell zwei gänzlich unterschiedliche Formen ambulante-ärztlicher Versorgung unter den sprichwörtlichen *einen* Hut gebracht werden mussten.

In Westberlin lag die ambulante Versorgung zu einem großen Teil in den Händen niedergelassener, freiberuflich praktizierender Mediziner. Im „Osten“ hingegen ließ die DDR-Führung bekanntlich kein freiberufliches Wirtschaften zu. Die Ärzte dort behandelten, sieht man von staatlichen Arztpraxen ab, in Kliniken und Polikliniken. Die KV begann, das westliche Versorgungsmodell auf den Ostteil der Stadt zu übertragen: Die Polikliniken sollten in Einzelpraxen aufgelöst werden. Ihre weitere Existenz als Einrichtungen nach § 311 SGB V sicherte jedoch der Gesetzgeber – zumindest weitgehend.

### War die Niederlassung nur etwas „für Verrückte“?

Die schnellstmögliche Umwandlung in private Praxen stieß jedoch nicht bei allen Ärzten und Berufsverbänden im Westen auf Begeisterung, wie das KV-Blatt seinerzeit berichtete. Um die Frage der Niederlassung kam es beispielsweise zwischen Berufsverbänden und der ärztlichen Selbstverwaltung zu Meinungsverschiedenheiten.

Der damalige stellvertretende Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Otfried Schaefer, griff Berufsverbände (ohne sie beim Namen zu nennen) seinerzeit scharf

an: „Wer als Marktwirtschaftler jetzt die rasche Niederlassung propagiert, der müsste eigentlich verrückt sein“ wurde er in der „Ärzte Zeitung“ zitiert.

### Berlin – vereint und doch geteilt: Eine Stadt mit zwei Honorartarifen

Trotz aller Kontroversen wurde die ärztliche Versorgung in der DDR immer dichter an das westliche Modell herangeführt. Sympathien oder Antipathien für oder gegen das Westsystem waren nicht immer klar zu erkennen: Am 24. Oktober 1990 gründete sich eine „Kassenärztliche Vereinigung Berlin-Ost“ als eingetragener Verein. Den Vorsitz übernahm der Pankower Augenarzt Dr. Mathias Marchlewitz, ein Verfechter der freiberuflichen ärztlichen Tätigkeit.



*Vereint oder gespalten? Mehr als einmal griff das KV-Blatt nach der Wende die Honorarspaltung in der Bundeshauptstadt auf*

Von einer weiteren Berliner „Spezialität“ wird ebenfalls berichtet: Im Einigungsvertrag von 1990 wurde festgelegt, dass in Berlin bis 1995 (analog der Unterschiede in den alten und neuen Bundesländern) zweierlei Zulassungsvoraussetzungen sowie ein unterschiedliches Honorarniveau im Ost- und





Fortsetzung von Seite 23

Westteil der Stadt nebeneinander gelten sollten.

**Aus zwei mach eins**

Am 1. Januar 1991 erweiterte die KV Berlin (West) ihre Zuständigkeit auch auf Berlin (Ost). Damit wurde die Berliner Ärzteschaft in ihren Strukturen vereint. In kurzer Zeit ließen sich über 1.500 Ärzte in Berlin nieder. Die honarpolitische Anpassung von zwei Berliner Vertragsgebieten verlief jedoch problematisch: Noch 1994 lagen die im Ostteil gezahlten Kopfpauschalen 10% unter denen ihrer Westberliner Kollegen. 1995 fiel schließlich die „Sozialmauer“ und Berlin wurde ein einheitliches Abrechnungsgebiet – mit Folgen für die Westberliner Ärzte: Beide Kopfpauschalen wurden nun nivelliert, sodass die Westpunktwerte sanken, während die Ostberliner Ärzteschaft nun von höheren Punktwerten profitierte.

Eine große Herausforderung neben der Angleichung auf tariflicher Ebene stellte die Vereinheitlichung von technischen Standards in den DDR-Arztpaxen dar. Das damalige „Mitteilungsblatt“ der KV Berlin veröffentlichte im Februar 1990 ein „Gesuch von DDR-Ärzten“, in dem die Kollegen aus dem Ostteil Berlins eine Liste dringend benötigter Geräte für ihre Praxen veröffentlichten und um Spenden baten. Einfachste Dinge, wie Visitenkittel, Untersuchungsliegen, Karteischränke, Hausbesuchskoffer oder Verbandsmittel, fehlten oft.

**Warnung vor Geschäftemachern**

In den folgenden Wochen nach dem Mauerfall erreichten zahlreiche Spenden von Arzneimitteln bis hin zu medizinischen Geräten die Ärzte in Ost-Berlin und der DDR, meist hilfreich, manchmal jedoch von zweifelhafter Qualität: Die „Ärzte Zeitung“ (9. April 1990) zitierte den damaligen KBV-Vor-

sitzenden, Dr. Ulrich Oesingmann, der vor zwielichtigen „Geschäftemachern“ aus dem Westen warnte. So seien Fälle bekannt geworden, in denen veraltete EKG-Geräte zu völlig überhöhten Preisen an DDR-Ärzte verkauft worden seien.

Dr. Karsten Vilmar, damals Präsident der Bundesärztekammer, nannte Beispiele von Arzneimittelspenden, bei denen 40% der Medikamente unbrauchbarer „Müll“ (O-Ton Vilmar) gewesen seien – dies sei „beschämend“. Oesinghaus und Vilmar rieten den hilfsbereiten Ärzten damals, ihre Sachspenden über ihre jeweilige KV zu organisieren, um einen Missbrauch durch unseriöse Dritte zu verhindern.

ck/red

(unter Verwendung eines Beitrages von Dr. Ellen Harnisch aus dem KV-Blatt extra zum 50-jährigen Bestehen der KV Berlin)



Die Jahre nach der Wende: Alles drängte zur Einheit der Berliner Ärzteschaft, doch beim Geld gab es jahrelang große Diskussionen, wie dieses KV-Blatt-Thema aus dem Jahre 1996 zeigt. Gleichwohl: Sachlich-organisatorisch ist der Einigungsprozess gelungen, wie Dr. Michael Eisenberg damals feststellte.